



AUSGABE 59
Dezember 2008

ANALYSEN & ARGUMENTE

Die Soziale Marktwirtschaft als guter Ratgeber im Krisenmanagement der Bundesregierung

von Bodo Herzog (extern)

Die Bundesregierung hat durch umsichtiges und konsequentes Handeln mit dazu beigetragen, die Finanzmärkte zu stabilisieren. Das Konjunkturpaket gibt sinnvolle Impulse für die Stimulierung der wirtschaftlichen Lage von Unternehmen und Verbrauchern. Zu diesem Ergebnis kommt der vorliegende Beitrag von Professor Dr. Bodo Herzog, Professor für Volkswirtschaftslehre an der ESB Reutlingen. Er warnt vor vorschnellem Aktionismus. Gerade in Krisenzeiten seien alle Prognosen besonders vage.

Jetzt stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage die weiteren Entscheidungen getroffen werden können, um die deutsche und die internationale Wirtschaft über den Berg zu bringen. Dazu bietet das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft wertvolle Orientierungshilfen, genau wie der Blick auf die Maßnahmen in Großbritannien, Frankreich, Russland, China und Indien, die im Anhang dargestellt werden.

Ansprechpartner

Matthias Schäfer
Kordinator Finanz- und Arbeitsmarktpolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 15
E-Mail: matthias.schaefer@kas.de

Dr. Nino Galetti
Referent Grundsatzfragen
Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit
Telefon: +49(0)30 2 69 96-3466
E-Mail: nino.galetti@kas.de

Postanschrift

Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-940955-52-4



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

| | |
|---|---|
| 3 DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS GUTER RATGEBER IM KRISENMANAGEMENT DER BUNDESREGIERUNG | |
| ▪ <i>Die Stabilisierung des Finanzsystems</i> | 3 |
| ▪ <i>Die Bekämpfung der drohenden Rezession</i> | 3 |
| ▪ <i>Zusammenfassung</i> | 4 |
| 5 ANHANG: BERICHTE VON AUSLANDSMITARBEITERN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG ÜBER DIE MASSNAHMENPAKETE IN DEN JEWEILIGEN LÄNDERN | |
| ▪ <i>Großbritannien</i> | 5 |
| ▪ <i>Frankreich</i> | 5 |
| ▪ <i>Russland</i> | 7 |
| ▪ <i>China</i> | 7 |
| ▪ <i>Indien</i> | 8 |

DIE AUTOREN

*Prof. Dr. Bodo Herzog ist Professor für Volkswirtschaftslehre,
ESB Reutlingen: Business School, Reutlingen University, Alteburgstr. 150,
72762 Reutlingen.
Tel.: 07121-271 6031, E-Mail: Bodo.Herzog@Reutlingen-University.de*

Die Autoren des Anhangs finden sich unter den jeweiligen Länderberichten.



DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS GUTER RATGEBER IM KRISENMANAGEMENT DER BUNDESREGIERUNG

Bodo Herzog

Der Autor dankt dem Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung, Dr. Michael Borcard, und dem Team Wirtschaftspolitik in der Hauptabteilung Politik und Beratung für die redaktionelle Überarbeitung, Verbesserungsvorschläge und Kommentare. Ein besonderer Dank richtet sich an Matthias Schäfer und Christina Langhorst.

Die globalen Finanzmärkte sind nach einer langen Schönwetterphase in schwere Turbulenzen geraten und standen im Jahr 2008 kurz vor dem Abgrund. Zweifelsohne sind diese heftigen Turbulenzen im Finanz- und Bankensystem sehr ungewöhnlich. Gerade in solchen Situationen muss die Politik aber Handlungsfähigkeit beweisen und vor allem zügige Entscheidungen fällen. Beurteilt man das Krisenmanagement der deutschen Bundesregierung mit Blick auf die Finanzmarktcrise aus ökonomischer Sicht, so kann man folgendes festhalten. Erstens: Die zeitnahe Absicherung der Finanzmarktstabilität mittels Garantiegaussprachen und Bürgschaften war notwendig und richtig. Zudem wurden diese Entscheidungen zügig umgesetzt. Zweitens: Die Bundesregierung hat gemeinsam mit anderen Ländern in Europa und auch international Gestaltungsverantwortung übernommen und ist bei der Entwicklung von globalen Lösungsansätzen aktiv am Verhandlungstisch dabei. Drittens: Die erste Stufe eines Konjunkturprogramms, um die Auswirkungen auf die Realwirtschaft abzufedern, ist verabschiedet. Viertens: Die Politik hat erkannt, dass die Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur viele Antworten auf die vergangenen Fehlentwicklungen auf den Finanzmärkten bereit hält, sondern ein ebenso adäquater Ratgeber in der aktuellen Debatte mit Blick auf einen drohenden Konjunkturaktionismus darstellt.

DIE STABILISIERUNG DES FINANZSYSTEMS

Im Oktober dieses Jahres offenbarte das Finanzsystem Symptome eines drohenden Kollapses. Selbst langjährige Finanzexperten in den privaten und öffentlich-rechtlichen Banken, in den Ministerien und im akademischen Bereich waren von der Wucht der Schockwelle überrascht. In dieser Ausnahmesituation hat die Bundesregierung, wie übrigens auch der Sachverständigenrat anerkennt, ein gutes Krisenmanagement abgegeben. Über Nacht wurde von der Bundesregierung gemeinsam mit einigen Experten ein tragfähiges und – im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft – auch

nachhaltiges Lösungskonzept entwickelt und umgesetzt. Einmal mehr hat sich die manchmal als träge bezeichnete deutsche Verwaltung in dieser Notsituation als handlungsfähig und umsetzungsstark erwiesen. Auch die europäische Koordinierung der Finanzmarktcrise sowie die globale Fortführung eines Treffens der wichtigsten Länder der Welt in Washington am 15. November 2008 wurden von Deutschland aktiv begleitet. Aus ökonomischer Sicht waren die schnelle Stabilisierung des Systems sowie die internationale Koordinierung unumgänglich und richtig. Die Notwendigkeit hierfür ist in der Schlüsselfunktion der Finanzmärkte zu suchen. Die nationalen und internationalen Finanzmärkte weisen eine wichtige Scharnierfunktion zwischen Investoren, Unternehmen und Haushalten auf. Die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte und der Banken ist das Herz einer Volkswirtschaft oder, anders gesagt, ein öffentliches Gut. Dieses Gut liegt im öffentlichen Interesse, also im Interesse des Staates und auch im Interesse aller Bürger. Eine Rettung ist daher selbst unter Verwendung von Steuergeldern gerechtfertigt und richtig.

Insoweit gibt es für die verabschiedeten Rettungsmaßnahmen der Bundesregierung, abgesehen von eher kleinlichen Kritikpunkten im Detail, einen großen Konsens unter allen Experten und in der Bevölkerung. Gleichwohl sei erwähnt, dass diese Entscheidungen nur den Auftakt für die nun folgenden Maßnahmen und neuen Gestaltungsaufgaben darstellen können. Nun muss es in einem zweiten Schritt an die systematische Neustrukturierung der nationalen aber auch der internationalen Finanz- und Bankenmärkte gehen. Hier ist die Regierungspolitik weiterhin in der Verantwortung und angehalten, innovative Wege unter Einbeziehung von Experten aus interdisziplinären Bereichen einzuschlagen. Die Unabhängigkeit der Beratung sollte oberstes Gebot haben, um nicht neuerlich von Finanzmarktlobbyisten und anderen Interessensvertretern abhängig zu werden.

DIE BEKÄMPFUNG DER DROHENDEN REZSSION

Bleibt noch die Debatte über das Krisenmanagement mit Blick auf die Bekämpfung der Rezession. Hier scheint die Bilanz der Bundesregierung nach aktuellen Meinungsumfragen und einzelnen Medienberichten eher ernüchternd zu sein. Eine erste Beurteilung sollte aber besser anhand von ordnungspolitisch gestützten Prinzipien erfolgen.

Die konjunkturelle Einschätzung ist derzeit äußerst schwierig. Nicht zu letzt deshalb gibt es gegenwärtig eine Kakophonie an Konjunkturprognosen und Vorschlägen für Konjunkturprogramme im Jahr 2009. Gerade in unsicheren Zeiten sind eben auch die Prognosen besonders schwierig, wengleich sie den einzigen Anhaltspunkt für politische Entscheidungen darstellen. Die Politik kann aber derweil auf keinerlei belastbare Daten zurückgreifen und sollte sich im



Moment insofern auf langfristige Stabilisierungsmaßnahmen einrichten – dem Prinzip des vorsichtigen Kaufmanns folgend. Eine gewisse Zurückhaltung ist damit keine „ruhige Hand“, sondern ein Zeichen sinnvoller Gestaltung. Das im Übrigen lehrt auch die Soziale Marktwirtschaft. Eine stetige Wirtschaftspolitik ist einer diskretionären, d.h. aktionistischen Politik vorzuziehen. Wen überrascht es da, dass diese „uralte“ Weisheit der Sozialen Marktwirtschaft sogar im Jahr 2004 mit dem Nobelpreis in Wirtschaftswissenschaften – in Gestalt der beiden Ökonomen Finn Kydland und Edward Prescott – ausgezeichnet wurde. Eine Bundesregierung, die nach diesen Prinzipien handelt, ist nicht nur klug, sondern auch gut beraten.

Hinzu kommt noch, dass beinahe alle Experten im In- und Ausland (darunter auch der aktuelle Nobelpreisträger Paul Krugman) einen zentralen Unterschied zwischen Deutschland und den meisten anderen Volkswirtschaften der Welt übersehen: nämlich die Wirkung der automatischen Stabilisatoren. Zahlreiche Studien belegen seit langem, dass die automatischen Stabilisatoren, welche die Konjunkturschwankungen automatisch – d.h. ohne Staatsinterventionen – abfedern, in Deutschland stärker als in den meisten anderen Ländern ausgeprägt sind. Infolgedessen sind von deutscher Seite bei weitem nicht so umfangreiche Konjunkturpakete aufzulegen wie in vielen anderen Staaten, in denen die automatischen Stabilisatoren deutlich schwächer wirken. Im Übrigen verdanken wir die ausgeprägten automatischen Stabilisatoren in Deutschland wiederum der Sozialen Marktwirtschaft, die mittels der progressiven Einkommenssteuer und den beispielhaften sozialen Sicherungssystemen in unserem Land zustande kommen.

Letzteres soll aber den notwendigen strukturellen Handlungsbedarf im deutschen Einkommensteuersystem nicht leugnen, sondern vielmehr unterstreichen. Wir benötigen mittelfristig ein einfacheres und gerechteres Steuersystem, welches wiederum das Funktionieren der automatischen Stabilisatoren auch künftig festigt. Zudem dürfte eine Einkommensteuerreform die Konjunktur stimulieren und dabei helfen, die alten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, wie Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung neu zu entfalten. Das hat unser Land schon einmal stark gemacht – in noch weitaus schwierigeren Zeiten. Allerdings ist diese strukturelle Reform nicht in einem Zeitraum von einem Monat zu bewältigen. Auch hierbei ist man gut beraten, mit Blick auf die kommenden schwachen Wachstumsjahre und die Situation der öffentlichen Haushalte nachhaltig zu planen.

ZUSAMMENFASSUNG

Summa summarum hat die Politik im Krisenjahr 2008 Handlungsfähigkeit bewiesen und schwierige Entscheidungen zeitnah bewältigt. Zudem wurde aus früheren Fehlern gelernt

und die Soziale Marktwirtschaft wird nun intensiver als bisher auch im Ausland als Gestaltungsalternative unter anderem für die internationalen Finanzmärkte wahrgenommen. In diesem Sinne ist ein starker Staat erwünscht und gerechtfertigt. Eine Verstaatlichung des Bankensektors sowie präventiv umfangreiche Konjunkturstimuli, wie in einigen Ländern zu beobachten waren, sind für Deutschland ökonomisch nicht unmittelbar zwingend. Aus der Perspektive der Sozialen Marktwirtschaft sind diese Maßnahmen nicht nachhaltig, sondern lediglich ein Strohfeder.



ANHANG

BERICHTE VON AUSLANDSMITARBEITERN
DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG ÜBER DIE
MASSNAHMENPAKETE IN DEN JEWEILIGEN LÄNDERN

GROSSBRITANNIEN

Wie in vielen anderen Ländern der Europäischen Union bzw. der Welt hat auch Großbritannien nationale Maßnahmen zur Überwindung der Finanzmarktkrise getroffen.

Zu nennen sind dabei zuerst die von der Regierung bereits beschlossenen Maßnahmen und zweitens die Vorschläge seitens der Opposition (*Conservative Party*).

Von der Regierung wurde ein Konjunkturprogramm verabschiedet, das einen Umfang von 23,6 Milliarden Euro umfasst, und insbesondere vorgezogene Infrastrukturmaßnahmen (3,54 Milliarden Euro), die Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen (darunter Kreditgarantien von 1,18 Milliarden Euro und ein verbesserter Zugang zu Krediten), Hypothekar-Kredite für Hausbesitzer, die Erhöhung von Kindergeld und Pensionen, die für ein Jahr befristete Senkung der Mehrwertsteuer von 17,5 Prozent auf 15 Prozent (14,75 Milliarden Euro), die Erhöhung von Steuerfreibeträgen, der Aufschieb der emissionsbezogenen Kfz-Steuer sowie Steuererleichterungen für KMU (1,18 Milliarden Euro) beinhaltet.

Finanziert werden sollen diese Maßnahmen durch eine zusätzliche Kreditaufnahme, wodurch Großbritanniens Haushaltsdefizit im Jahr 2009 auf ca. 8,1 Prozent ansteigen wird. Des Weiteren erfolgt die Finanzierung einnahmeseitig durch die Erhöhung des Einkommensteuer-Höchstsatzes ab dem Jahr 2011 auf 45 Prozent und mithilfe der Erhöhung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile zur nationalen Versicherung um 0,5 Prozent ebenfalls ab dem Jahr 2011.

Generell kritisch beurteilt die Opposition (*Conservative Party*) die hohe Verschuldung, die trotz des wirtschaftlichen Booms der letzten Jahre nicht abgebaut wurde und weist damit auf die durch die Finanzierung des Konjunkturpakets erneut verschärfte Haushaltssituation hin. Dadurch würden die nachkommenden Generationen in unverantwortlicher Weise belastet. Sie fordert deshalb Zurückhaltung bei fiskalischen Maßnahmen und schlägt im Gegensatz zur Regierung monetäre Schritte wie die Absenkung der Zinsen und die Unterstützung bei Kreditvergaben, insbesondere für KMU, vor.

Daneben schließt das Konjunkturprogramm der Opposition steuerliche Hilfen (u.a. das Einfrieren der Gemeindesteuer für zwei Jahre, die Erhöhung der Erbschaftsteuerfreibeträge auf eine Million £ (ca. 1,1 Millionen Euro), Steuer-

erleichterungen über ca. 2,9 Milliarden Euro für neue Arbeitsplätze und die Reduzierung der Körperschaftsteuer auf 25 Prozent und für KMU auf 20 Prozent ein. Überdies sprechen sie sich für eine Kürzung der staatlichen Sozialversicherung um ein Prozent aus.

Finanziert werden sollen diese Maßnahmen ausschließlich durch ausgabenseitige Einsparungen (insbesondere Haushaltseinsparungen: „reducing wasteful spending“) sowie durch die Gestaltung der Einnahmenseite. Dazu zählen die Abschaffung von Abschreibungsmöglichkeiten und die Implementierung von Zinsen in Höhe von 7,5 Prozent für verspätete Steuerzahlungen.

Thomas Bernd Stehling, Leiter KAS Großbritannien

FRANKREICH

Seit seiner viel beachteten Grundsatzrede zur „Neubegründung des Kapitalismus“ vom 25. September 2008 in Toulon bekräftigte der französische Staatspräsident und gegenwärtige EU-Ratspräsident Nicolas Sarkozy mehrmals seinen Willen, durch die Unterstützung eines internationalen, eines europäischen sowie durch die Entwicklung eines nationalen Aktionsplans zur Überwindung der weltweiten Finanzmarktkrise beizutragen.

Auf nationaler Ebene hat die französische Regierung ihren Sparkurs zugunsten einer wirtschaftlichen Wiederbelebungspolitik aufgegeben. Es wurden bislang drei Mechanismen zur Rettung der Wirtschaft eingesetzt:

Zunächst hat die französische Regierung beschlossen, alle Investitionen, die zwischen dem 23. Oktober 2008 und dem 31. Dezember 2009 getätigt werden, von der Gewerbesteuer zu befreien. Diese Maßnahme soll allen Unternehmern einen Anreiz zu verstärkten Investitionen bieten. Die in diesem Zeitraum getätigten Investitionen werden nicht in die Berechnung der Gewerbesteuer einfließen. Der den Gebietskörperschaften daraus entstehende Verlust wird vom Staat getragen.

Am 20. November präsentierte Nicolas Sarkozy seinen Plan für einen strategischen Investitionsfonds, der gegründet wurde, um durch die Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten geratene Unternehmen zu unterstützen. Er ist mit einem Budget von 20 Milliarden Euro ausgestattet, das zur Hälfte vom Staat und zur Hälfte von der *Caisse des Dépôts et Consignation* (ein Kreditinstitut, das im Auftrag des Staates und der Kommunen agiert) aufgebracht wurde. Der Fonds wird von einem Verwaltungsrat geführt, an dessen Spitze der Generaldirektor der *Caisse des Dépôts*, Augustin de Romanet, steht. Das Geld soll in erster Linie in wachstumsstarke



KMU und strategisch wichtige Großunternehmen, deren Kapitaldecke schwach ist, investiert werden. Wie Premierminister Fillon am 9. Dezember 2008 ankündigte, sollen Unternehmen im Falle einer drohenden Insolvenz zukünftig von einer verlängerten Frist profitieren, um diese bei den zuständigen Stellen anzumelden.

Das insgesamt 26 Milliarden Euro umfassende und auf zwei Jahre angelegte Konjunkturprogramm der französischen Regierung, das Nicolas Sarkozy am 4. Dezember 2008 vorgestellt hat, beinhaltet mehrere Bausteine. Zum einen werden Unternehmen mit einem Betrag von ca. elf Milliarden Euro in Form von vorgezogenen Steuerrückzahlungen, bzw. dem Erlassen von Steuerschulden, unterstützt. Zum anderen sollen ca. zehn Milliarden Euro direkt vom Staat und von großen staatlichen Unternehmen, wie den Energiekonzernen EDF und GDF Suez, der Post oder der französischen Bahn (SNCF), zur Ankurbelung der Konjunktur in strategische Bereiche (z.B. nachhaltige Entwicklung, Universitäten, Forschung, Verteidigungsindustrie, Kulturerbe) sowie in den Ausbau der Infrastruktur des Landes investiert werden. Weitere fünf Milliarden Euro sind für die Unterstützung des Immobiliensektors sowie der Automobilindustrie, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für die Unterstützung der von der Finanzkrise am stärksten betroffenen Privathaushalte vorgesehen. Der Wohnungsbau wird im Zeitraum 2009-2010 mit insgesamt 1,8 Milliarden Euro subventioniert werden, mit denen u.a. der Bau von 70.000 zusätzlichen Wohnungen, davon die Hälfte Sozialwohnungen, finanziert werden soll. Diese Maßnahme ergänzt das Programm über den garantierten Verkauf von 30.000 noch nicht fertig gestellten Wohnungen, so dass insgesamt 100.000 neue Wohnungen entstehen werden. Darüber hinaus werden die zinsfreien Kredite für den Kauf und Bau von Wohneigentum verdoppelt. Die Automobilindustrie soll u.a. von verstärkten Kaufanreizen profitieren, die die Regierung in Form einer Verschrottungsprämie von 1.000 Euro für alle Käufer eines Neuwagens, der weniger als 160 g CO₂ ausstößt, ausschüttet, falls zuvor ein mindestens zehn Jahre altes Auto entsorgt wurde. 3,8 Millionen sozial schwache Haushalte sollen durch eine einmalige Zahlung von 200 Euro unterstützt werden.

Die im Rahmen dieses Konjunkturprogramms avisierten Maßnahmen ergänzen die bereits auf den Weg gebrachten Reformen der Regierung zugunsten der Arbeitnehmer. Diese bestehen aus einer Reform der beruflichen Bildung, einer gerechteren Verteilung des Arbeitslosengeldes, einer Umstrukturierung des Arbeitsamtes (Zusammenlegung der *Agence Nationale Pour l'Emploi*, ANP, und der *Associations pour l'Emploi Dans l'Industrie et le Commerce*, Assedics, zum *Pôle Emploi*) sowie einer Erhöhung der staatlich geförderten Arbeitsverträge um 100.000 auf insgesamt 330.000. Der aktuelle Aktionsplan Frankreichs legt den Akzent auf

die Wiederbelebung der Wirtschaft in erster Linie durch Investitionen und nicht durch die Ankurbelung des privaten Konsums. Es ist dementsprechend keine Senkung der Mehrwertsteuer in Frankreich geplant – eine Maßnahme, die von Sarkozy als teuer und wenig effektiv bewertet wird, da sie vornehmlich dem Import zugute kommt. Premierminister François Fillon hat eingeräumt, dass die Finanzierung des mit 26 Milliarden ausgestatteten Programms das Staatsdefizit um ca. 15 Milliarden Euro erhöhen wird. Letzteres könnte Ende 2009 76 Milliarden Euro – fast vier Prozent des BIP – erreichen, was im absoluten Wert eine Verdopplung in zwei Jahren darstellt. Das Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wurde von der Regierung dementsprechend auf 2014 verschoben. „Wir haben keine Wahl!“ erwidern Sarkozy und Fillon ihren Kritikern. Hauptziel dieser Investitionspolitik sei es, Arbeitslosigkeit vorzubeugen, die Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs zu beschleunigen und eine schnelle Ankurbelung der Konjunktur zu erreichen. Die Gesamtsumme der für die nächsten Jahre geplanten staatlichen Ausgaben werde nicht erhöht, sondern schneller ausgegeben, unterstrich Sarkozy in seiner Rede vom 4. Dezember 2008. Von diesen „Beschleunigungsmaßnahmen“ verspricht der Staatspräsident sich gleichzeitig, Frankreichs Rückstand in Sachen Investition und Wettbewerbsfähigkeit der vergangenen dreißig Jahre aufzuholen und gibt sich überzeugt, dass die „bestmögliche Konjunkturpolitik eine Politik [ist], die heute Wirtschaftstätigkeit unterstützt und die Wettbewerbsfähigkeit von morgen vorbereitet.“ Angesichts der außergewöhnlichen Umstände, so Nicolas Sarkozy in seiner Rede am 4. Dezember 2008 in Douai, sei es eine „historische Pflicht, dafür zu sorgen, dass unsere Unternehmen [...] die Krise, den Wandel bewältigen, indem sie investieren, um sich zu modernisieren, um wettbewerbsfähiger, innovativer, reaktionsfähiger und stärker zu sein in der Welt von morgen [...]“

Zur Umsetzung des Konjunkturprogramms wurde am 8. Dezember 2008 ein neues Ministerium für den „wirtschaftlichen Aufschwung“ (*Ministère de la Relance Économique*) geschaffen. Der zuständige Minister für dieses Sonderressort wird Patrick Devedjian (bisheriger Generalsekretär der UMP und ehemaliger Industrieminister). Der neue Minister wird direkt Premierminister Fillon beigeordnet; seine Kompetenzen – vor allem in Abgrenzung zur Finanzministerin Christine Lagarde und zum Budgetminister Eric Woerth – sind noch nicht klar geregelt.

Dr. Beatrice Gorawantschy, Leiterin KAS Frankreich
Céline Caro, Wissenschaftliche Mitarbeiterin KAS Frankreich
Martina Wisser, Praktikantin KAS Frankreich



RUSSLAND

Der Abschwung der russischen Wirtschaft ist zumindest an der Moskauer Börse bereits seit dem Frühsommer zu bemerken. Rund 75 Prozent hat der Aktienindex RTS seit den Höchstständen im Mai 2008 eingebüßt – was auch mit verbalen Angriffen des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin auf den Stahl- und KohleKonzern „Mechel“ und vor allem mit dem bewaffneten Konflikt mit Georgien zusammenhängt. Mehrere Tage musste im September die Börse in Moskau sogar ihre Arbeit einstellen, weil der Kursverfall bedrohliche Ausmaße erreicht hatte.

Besonders schwer erwischt hat es die Riege der so genannten Oligarchen, Russlands milliardenschwere Wirtschaftslenker. Sie verloren einen Großteil ihres Geldes, das Sie in russische und ausländische Unternehmen investiert hatten. So musste zum Beispiel der laut *Forbes*-Liste reichste Russe, Oleg Deripaska, seine Anteile an dem deutschen Baukonzern Hochtief und Magna, einem der größten Autozulieferer, notverkaufen. Sein geschätztes Vermögen habe sich unterdessen halbiert, berichteten die Medien.

Präsident Medwedew und Premier Putin werden nicht müde zu betonen, dass die USA an der Finanzkrise schuld seien. Russland jedoch sei gut gerüstet und habe die besten Voraussetzungen, um mit minimalen Verlusten für die Wirtschaft und für die Bevölkerung die Krise zu überstehen. Der Kreml will mit aller Macht verhindern, dass sich der „August 1998“ wiederholt. Die meisten Russen hatten damals durch den Staatsbankrott und den enormen Rubelverfall ihre Ersparnisse verloren.

Trotz aller Beschwichtigungen: Die Krise hat unterdessen auch Russland erreicht. Besonders betroffen sind der Banken- und der Immobiliensektor. So wurden bereits zahlreiche Arbeitnehmer entlassen. Gehaltskürzungen um bis zu 40 Prozent sind keine Seltenheit. Auf vielen Baustellen in Moskau wurden unterdessen – wegen des Anstiegs der Kreditkosten oder gar des Einfrierens der Kreditvergabe – Baustopps verhängt; auch am prestigeträchtigen Russia-Tower, dem mit geplanten 612 Metern künftig höchsten Gebäude Europas.

Die Finanzkrise könnte Russland noch härter treffen. Trotz zahlreicher Bekenntnisse zur Diversifizierung der heimischen Wirtschaft ist Russland nach wie vor stark abhängig von seinen Energieressourcen. Noch immer machen Erdöl und Erdgas den Hauptanteil des russischen Exports aus. Der noch vor wenigen Monaten extrem hohe Ölpreis von 150 Dollar ist auf unter 50 Dollar pro Barrel gesunken. 60 Dollar jedoch gelten als die Grenze, ab der der Staatshaushalt ins Defizit gerät.

Kein Grund aber für Finanzminister Alexej Kudrin, Kredite aufzunehmen. Er kann sich aus dem – dank der enormen Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport der vergangenen Jahre – mit rund 160 Milliarden Euro prallgefüllten Stabilisierungsfond bedienen, der für schwierige Zeiten gedacht ist.

Die Regierung hat dennoch ein Konjunkturprogramm auf den Weg gebracht. Laut Präsident Medwedew sollen über 200 Milliarden Dollar zur Stabilisierung der Wirtschaft aufgebracht werden. Davon kommt etwas mehr als die Hälfte aus dem Staatshaushalt und dem Stabilisierungsfond. Den Rest soll die Zentralbank aufbringen. Von Mitte August bis Anfang November 2008 sind deshalb die Währungsreserven um 122 Milliarden auf 475 Milliarden Dollar gesunken. Trotzdem verfügt Russland im internationalen Vergleich nach China und Japan immer noch über die dritthöchsten Währungsreserven.

Das Geld floss vor allem durch Liquiditätsspritzen ins Bankengewerbe, aber auch in massive Aktienaufkäufe und in Sonderkreditlöcher für notleidende Fluggesellschaften oder Rüstungskonzerne. Als Konjunkturlokomotive will der Staat bei seinen Ausgaben und Investitionen nicht sparen – seien es Löhne, Sozialausgaben oder Straßenbau. Es ist sogar angedacht, rund 40.000 Wohnungen für Bedürftige und Militärangehörige aufzukaufen. Wegen der zu erwartenden höheren Arbeitslosenzahl hat Ministerpräsident Putin eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes um 44 Prozent auf rund 143 Euro monatlich angekündigt.

Von einer schweren Rezession scheint Russland allerdings weit entfernt. Trotz des spürbaren Einbruchs geht die Regierung für 2008 von einem Wirtschaftswachstum von etwa sieben Prozent aus. Für das nächste Jahr erwartet sie etwa drei Prozent Wachstum.

Dr. Lars Peter Schmidt, Leiter KAS Russland (Büro Moskau)

CHINA

Der Internationale Währungsfonds IWF hat die Wachstumsprognosen der chinesischen Wirtschaft Anfang November 2008 auf 8,5 Prozent und damit deutlich nach unten korrigiert. Zwar mögen wichtige ökonomische Größen auf den ersten Blick keinen Grund zur Sorge erwecken: Export und Einzelhandel entwickelten sich im 3. Quartal des Jahres dynamisch und auch die Investitionen in festes Anlagevermögen nahmen zu.

Nicht zu verkennen ist jedoch der Einfluss der Krise auf arbeitsintensive und exportorientierte Branchen wie die Spielzeug- und Textilindustrie, die zunehmend unter steigenden Lohnkosten leidet. Rund 50 Prozent der chinesischen Spiel-



zeughersteller mussten ihre Unternehmen bereits schließen, besonders betroffen ist der südliche Teil des Landes.

Die chinesische Regierung sah sich aus diesen Gründen in jüngster Vergangenheit dazu gezwungen, einen umfangreichen Maßnahmenkatalog aufzusetzen, um die negativen Folgen der Krise zu dämpfen. Mittels eines voluminösen Rettungspakets sollen bis zum Jahr 2010 umgerechnet ca. 465 Milliarden Euro für die Ankurbelung der Binnenkonjunktur und den Ausgleich des Exportrückgangs aufgewendet werden. In erster Linie sollen verstärkt Investitionen in den Aus- und Neubau von Straßen, Eisenbahnlinien und Flughäfen fließen sowie in den Gesundheits- und Bildungssektor.

Die wichtigsten makroökonomischen Maßnahmen im Einzelnen:

1. Senkung des Leitzinses: Um einem Abschwung der dynamischen Wirtschaftsentwicklung vorzubeugen, hat die chinesische Notenbank den Leitzins bereits zum vierten Mal innerhalb von acht Wochen um mehr als einen Prozentpunkt (!) von zuletzt 6,66 Prozent auf nun 5,58 Prozent gesenkt. Gleichzeitig erleichterte sie die Anforderungen für Mindestreserven für kleine und größere Finanzinstitute.

2. Förderung des Wohnungsbaus: Nachdem sich die Quadratmeterpreise in den letzten sieben Jahren teilweise verdoppelt hatten, ist seit Beginn des Jahres ihre Stagnation bzw. sogar ihr Rückgang festzustellen. Insbesondere die Küstenstädte der Volksrepublik sind von diesem negativen Entwicklungstrend betroffen. Die *People's Bank of China* hat deswegen die Quote des nötigen Eigenkapitals bei Immobilienkäufen von 30 Prozent auf 20 Prozent reduziert. Darüber hinaus gewährt sie Käufern neuerdings einen Abschlag von bis zu 30 Prozent auf den aktuellen Zinssatz (vorher maximal 15 Prozent). Auch durch Steuersenkungen (Reduzierung von Transfersteuern auf 1 Prozent des Wertes) bzw. ihre komplette Abschaffung (Aussetzung der Stempelsteuer) sollen die Bürger zum Immobilienkauf angespornt werden.

3. Stärkung des Exports: Der Export chinesischer Waren wuchs im 3. Quartal 2008 im Vergleich zum Vorjahr zwar um 23,1 Prozent. Dennoch sagen Experten eine Abschwächung der gewohnt dynamischen Entwicklung voraus. Die Regierung in Peking hat deswegen zum 1. November 2008 eine Regelung zur Umsatzsteuerrückerstattung erlassen. Je nach Produkt und Warengruppe findet diese in unterschiedlich hohem Maße Anwendung. Besondere Begünstigung erfahren u.a. bestimmte Produkte aus der Textil-, Spielzeug-, Möbel-, Lebensmittel- und Elektronikindustrie. Die Erhöhung der Rückerstattung liegt in der Regel lediglich zwischen einem und zwei Prozentpunkten. In Fachkreisen ist deswegen nur von moderaten Auswirkungen auf den Export die Rede. Die

Maßnahme soll aber immerhin ausreichend sein, um Unternehmen aus entsprechenden Branchen das Überleben zu sichern.

Anzumerken sei hier, dass knapp über 45 Prozent von Chinas Exportwaren in Länder Asiens eingeführt werden und die Ausfuhren in die USA und Europa 17,9 Prozent bzw. 24,2 Prozent ausmachen (Daten August 2008).

Der Maßnahmenkatalog der chinesischen Regierung wurde weltweit überwiegend mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. Internationale Experten gehen davon aus, dass die neuen Regelungen im besten Fall die gesamte Weltwirtschaft begünstigen können.

Derweil hat der chinesische Staatsfonds *China Investment Corporation* (CIC) hingegen verstärkte Investitionen im Westen und eine damit verbundene Hilfestellung für in Not geratene internationale Finanzkonzerne aufgrund nicht akzeptabler Bedingungen von Seiten entsprechender Staaten ausgeschlossen. Die Erwartung des Westens, China werde die internationale Staatengemeinschaft aus den Turbulenzen der Finanzkrise befreien, wird sich in dieser Form sicherlich nicht erfüllen. Vielmehr wird die Regierung in Peking auch weiterhin zunächst solche Maßnahmen einleiten, die auf die Milderung innerchinesischer Unruhepotentiale gerichtet sind.

Maren Opitz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin KAS China (Büro Shanghai)

INDIEN

Auch die indische Regierung hat zusammen mit der indischen Zentralbank jüngst zusätzliche monetäre und fiskalische Maßnahmen getroffen, um die Auswirkungen der Finanzkrise und der zunehmenden globalen Rezession auf die eigene Wirtschaft abzumildern. Sie umfassen Liquiditätshilfen, Erleichterungen für den Kreditmarkt sowie ein Konjunkturpaket, das primär auf eine Stimulierung des Wachstums zielt.

Die sich verstärkende weltwirtschaftliche Rezession hat Indien nicht unbeeinflusst gelassen. Lagen die jährlichen Wachstumsraten zwischen 2003 und 2007 durchgehend bei nahezu neun Prozent, begann sich Indiens Wirtschaft bereits Mitte/Ende letzten Jahres abzuschwächen. Grund war die Überhitzung der wirtschaftlichen Entwicklung mit stark steigender Inflation, die von der Zentralbank mit dem klassischen Instrument der monetären Liquiditätsverknappung bekämpft wurde. Dies führte zu einem Rückgang des Wachstums seit Jahresbeginn 2008, der sich durch den externen Schock der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise erheblich verstärkte.



Da das indische Haushaltsjahr von Ende März bis Anfang April dauert und die noch relativ hohen Wachstumsraten der ersten beiden Quartale 2008 in der Höhe von etwas über acht Prozent bekannt sind, hatte Indien vor dem Hintergrund der neuesten Wachstumsprognosen von Anfang Dezember (sechs bis 6,5 Prozent für das laufende Haushaltsjahr) in den letzten beiden Quartalen einen erheblichen Wachstumsrückgang zu verzeichnen. Diese Entwicklung wurde auf einer Konferenz von Konrad-Adenauer-Stiftung und *Madras Management Association* mit dem Titel „Tiding over Turbulent Times – Road Ahead for SMEs“ am 9. Dezember 2008 von den dort in großer Anzahl teilnehmenden Führungskräften der mittelständischen Wirtschaft Südindiens bestätigt.

Vor diesem Hintergrund ist das in den letzten Tagen in drei Schritten vorgestellte Maßnahmenpaket der indischen Regierung zu bewerten: Es beinhaltet einen politischen Kurswechsel von der bislang nur vorsichtig-graduell und stufenweise verfolgten Wirtschaftspolitik zu einer eher proaktiven multidimensionalen Konjunkturförderung und Wachstumsstimulierung. Es enthält eine Reihe von monetären und fiskalischen Einzelmaßnahmen, die nicht nur das Ziel verfolgen, Indien die für seine weitere Entwicklung dringend benötigten hohen Wachstumsraten zu erhalten, sondern auch das Vertrauen der indischen Wirtschaft und der Konsumenten zu stärken.

Monetäre Maßnahmen

Zusätzlich zu den seit Mitte September 2008 durch die mehrfache Anwendung geldpolitischer Instrumente geschaffene Liquiditätserleichterungen, wurden am 7. Dezember 2008 die Refinanzierungssätze der Banken und Finanzierungsinstitutionen bei der Zentralbank (*repo rates*) um einen weiteren Prozentpunkt gekürzt. Dies gilt als Signal für eine erwünschte Zinssenkung der indischen Banken in dieser Höhe. Neue Kreditfazilitäten in Höhe von 1,2 Milliarden Euro wurden für die *Small Industries Development Bank of India*, die für billigere Kredite für mittelständische Unternehmen vorgesehen sind, und für die National Housing Bank in Höhe von 667 Millionen Euro für niedrigere Hypothekarkredite und damit einer Stimulierung der Bauwirtschaft eröffnet. Das monetäre Programm wurde durch Exportfinanzierungserleichterungen (zwei Prozent Kreditverbilligung), neue Kreditrestrukturierungsmöglichkeiten durch Banken für die Wirtschaft und Erleichterungen im Refinanzierungsverkehr von Firmen mit dem Ausland (*Foreign Currency Convertible Bonds*) ergänzt.

Maßnahmen zur Konjunkturförderung

Das Konjunkturpaket enthält eine Kürzung der so genannten *Excise Duty* für Firmen (Steuer auf produzierte Waren) um vier Prozent, deren Höhe auf 1,5 Milliarden Euro beziffert

wird. Zusätzliche Exportförderungsmassnahmen werden mit 330 Millionen Euro angegeben. Der wichtigste Teil dürfte jedoch vorgezogene Infrastrukturmaßnahmen mit einem Volumen von 16,7 Milliarden Euro sein. Daneben will die Regierung Haushaltsreste im laufenden Haushaltsjahr in Höhe von 50 Milliarden Euro beschleunigt für zusätzliche Investitionszwecke und Entwicklungsprogramme abfließen lassen.

Der Umfang dieses monetären und fiskalischen Konjunkturprogramms liegt nach Angaben der Regierung bei knapp sechs Milliarden Euro (ohne vorgezogene Infrastrukturmaßnahmen und Haushaltsreste), umfasst also etwa 0,6 Prozent des indischen Bruttosozialprodukts. Es stellt sich die Frage, ob die Maßnahmen, die gemessen an anderen Staaten nur einen relativen kleinen finanziellen Umfang haben, im gewünschten Sinne wirken können und die erwartete Zielsetzung auch erfüllen. Sie sind, wie die KAS-Partner Rajiv Kumar, Direktor des *Indian Council for International Economic Relations* (ICRIER), und Amit Mitra, Generalsekretär der *Federation of Indian Industry and Commerce* (FICCI) in vielbeachteten Zeitungsartikeln vom 9. Dezember 2008 darlegten, voraussichtlich nicht ausreichend, um die erwarteten schwierigen Herausforderungen auch der indischen Wirtschaft vor dem Hintergrund einer globalen Rezession zu bewältigen.

Dennoch bleibt mit diesen Paket noch Spielraum für weitere Konjunkturmaßnahmen, obwohl die von der Haushaltslage vorgegebenen finanziellen Möglichkeiten Indiens begrenzt sind. Dennoch: Indien weist nach wie vor eine der höchsten Wachstumsraten der Welt auf und hat daher mit seiner großen Binnenwirtschaft eher die Möglichkeit, die bevorstehenden weltwirtschaftlichen Turbulenzen ohne tiefgreifende und anhaltende Erschütterungen zu überstehen.

Jörg Wolff, Leiter KAS Indien

Martin-Maurice Böhme, Trainee KAS Indien